

Grünliberale Partei Kanton Solothurn - 4500 Solothurn

Steueramt des Kantons Solothurn
Rechtsdienst
Werkhofstrasse 29c
4509 Solothurn

25. Oktober 2021
Claudio Hug, 077 207 32 18, claudio.hug@grunliberale.ch

Vernehmlassungsantwort zur Steuersenkung für tiefe und mittlere Einkommen (Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa»)

Sehr geehrter Regierungsrat Hodel
Sehr geehrter Herr Strausak
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 20. August 2021 eingeladen, am genannten Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Allgemeine Beurteilung

Die Volksinitiative «Jetzt si mir draa» verlangt eine Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen. Dieses Ziel ist aus Sicht der glp sympathisch und unterstützenswert. Der vorliegende Gegenvorschlag, der zudem Familien entlastet, ist geeignet, um die Ziele der Volksinitiative zu erreichen, ohne dabei den Staatshaushalt übermässig in Schieflage zu bringen.

Da mit dieser Vorlage für zahlungskräftige Personen kein Anreiz geschaffen wird, sich in Solothurn niederzulassen, wird die Position unseres Kantons als ressourcenschwacher Kanton (drittletzter Platz beim Ressourcenindex) eher zementiert als verbessert. Dies kann jedoch in Kauf genommen werden, da der Kanton Solothurn aufgrund seiner Strukturschwäche im Steuerwettbewerb bei den natürlichen Personen auf absehbare Zeit so oder so nicht vorne mitspielen wird. Eine Tiefsteuerstrategie bei den hohen Einkommen wäre schlicht nicht finanzierbar.

In diesem Sinne ist eine Entlastung der «normalen» Leute zu begrüssen. Damit wird das verfügbare Einkommen dort erhöht, wo es gebraucht wird. Dies fördert den Konsum und den Wohlstand und kurbelt die Wirtschaftstätigkeit an. Mit der Steuersenkung wird zudem Druck auf den Kanton aufgebaut, mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen, was in einem ressourcenschwachen Kanton aus Sicht der Grünliberalen absolut zentral ist.

Frage 1.1: Sollen kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommenssteuer im Umfang von rund Fr. 65 Mio. (Kanton und Einwohnergemeinden) entlastet werden?

Antwort: Ja

Frage 1.2: Wenn ja: Soll die Entlastung über Fr. 65 Mio. eine Erhöhung des Kinderabzuges von Fr. 6'000 auf Fr. 9'000 beinhalten?

Antwort: Ja

In der Vorlage ist zudem aufzuzeigen, welchen Anteil die beiden Elemente «Kinderabzüge erhöhen» und «Anpassung des Steuertarifs» haben.

Frage 2: Soll der Abzug für die notwendigen Kosten für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte Fr. 6'000.- betragen?

Antwort: Ja, mit Vorbehalt

Änderungsantrag:

Die Begrenzung des Pendlerabzugs wird begrüsst, dieser soll jedoch bei 4000 Franken limitiert werden statt bei 6000 Franken.

Begründung:

Der Trend zu immer längeren Arbeitswegen ist aus raumplanerischer und umweltpolitischer Sicht problematisch. Eine Dämpfung dieses Trends ist daher notwendig. Mit einer Begrenzung des Pendlerabzugs bei 4000 Franken würden 2 Fliegen auf eine Klappe geschlagen: Die Steuerausfälle aufgrund des vorliegenden Gegenvorschlags wären für den Finanzhaushalt besser verkraftbar und der steuerliche Fehlanreiz für lange Pendlerstrecken würde stärker abgemildert. Eine Begrenzung des Abzugs bei 4000 Franken ist moderat: Damit wäre ein Generalabonnement der 2. Klasse abzugsfähig und der Abzug wäre immer noch höher als beim Bund (max. 3000 Franken).

Weitere Anträge der Grünliberalen Partei Kanton Solothurn

Bezüglich der Gegenfinanzierung stellt die glp zwei Anträge:

1. Darauf zu vertrauen, dass die SNB weiterhin ein Mehrfaches der normalen Gewinnausschüttung bezahlt und der Finanzausgleich noch kräftiger sprudelt, ist angesichts der prognostizierten Aufwandüberschüsse keine zukunftstaugliche Lösung. Weitere Massnahmen zur Gegenfinanzierung sind notwendig. Der Regierungsrat soll deshalb einen neuen Massnahmenplan zur Entlastung des Staatshaushalts erarbeiten. Der letzte solche Massnahmenplan wurde 2013 verabschiedet und die Zeit ist reif, daran anzuknüpfen. Ein Kanton mit einer so schmalen Steuerbasis wie Solothurn muss sich stetig und noch stärker als andere Kantone darum bemühen, die öffentlichen Aufgaben so wirtschaftlich und wirksam wie möglich zu erbringen und wettbewerbsfähig zu bleiben.
2. Die Überprüfung der Katasterschätzung ist eine gute und wichtige Massnahme. Durch die Auslagerung aus der vorliegenden Vorlage droht die Gefahr, dass diese – nachdem die Steuersenkung angenommen wurde – unter den Tisch fällt. Wir teilen jedoch die Ansicht des Regierungsrats, dass bei einer Integration dieses komplexen Themas der Gegenvorschlag überladen würde und daran scheitern könnte. Deshalb soll der Regierungsrat ausserhalb des Gegenvorschlags am Thema «Überprüfung der Katasterschätzung» mit Hochdruck arbeiten und dem Kantonsrat so rasch wie möglich eine Vorlage unterbreiten.

Die Grünliberale Partei bittet den Regierungsrat, den vorgebrachten Vorschlägen Rechnung zu tragen.

Grünliberale Partei Kanton Solothurn

Armin Egger
Präsident

Verabschiedet vom Vorstand der glp Kanton SO am 11. Oktober 2021